

# Die Rote Fahne

## Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Wilhelmstr. 114 II. Telefon: Buchh. 3334 u. 3336.  
Nachdruckverbot: Ritterstraße 34 (Keller).

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis monatlich 1.50 M.  
Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Kondemne-Reihe 75 Pf.  
Kleine Anzeigen Ueberschriftszeile 20 Pf. jede weitere Zeile 15 Pf.

# Die Zwangsaushebung beginnt.

## Der Mord und die Mörder.

Wir haben uns gestern mit dem Gericht beschäftigt, das die Untersuchung leitet, wie man sich ausdrückt.

Wir haben bezüglich der Haltung des Gerichts drei Essentialitäten annehmen müssen je nachdem das Gericht die von uns mitgeteilten Tatsachen kannte oder nicht kannte.

Nunmehr bringt uns das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, will sagen der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn, von Essentialitäten abzusprechen.

Der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn erklärt in den Zeitungen eine Erklärung, in der es heißt, daß das von uns mitgeteilte Material keineswegs neue Enthüllungen enthalte, sondern „nur das bisherige Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung“.

Das von uns mitgeteilte Material war also dem Oberkriegsgerichtspräsident Jörn bekannt.

Trotzdem das Material dem Gericht bekannt war, ist noch keiner der Mörder verhaftet.

Trotzdem das Material dem Gericht bekannt war, konnte es geschehen, daß der Haupttäter Kunge nach einem anderen Kruppenteil abgehoben wurde.

Trotzdem das Material bekannt war, ist ein Haftbefehl gegen Kunge erst erlassen worden, als dieser in Sicherheit war.

Mit anderen Worten: Trotzdem der Mord und die Mörder vor jedermanns Augen überzeugend klar lagen, ist nichts geschehen zur Verhaftung, ist nur gesehen zum Entweichen der Täter.

Angesichts dieser Sachlage haben wir festzustellen: Von einer Rechtfertigung der Unfähigkeit des Oberkriegsgerichtspräsidenten Jörn kann keine Rede sein. Seine Untersuchungen sind so ungenügend, daß es der Fall war, der Schwere dieser Unzulänglichkeiten auf eine Weise geschloffen werden muß.

Allen den Mörder hat von heute an der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn wegen Begünstigung auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

Eine Regierung, die diesen Richter noch einen Tag im Amt läßt, richtet sich selber.

Wir können dem Oberkriegsgerichtspräsident Jörn gleichzeitig noch eine Antwort auf ein Schreiben geben, das er in seiner Anwendung an die Parteien erwährt und in dem er uns zur Bekanntgabe des Materials anfordert.

Dieses vom 11. Februar datierte und dem — wie ich aus der Gleichheit der Tinte erzieht — vom Oberkriegsgerichtspräsident Jörn eigenhändig auf den 10. „dortdatierte“ Schreiben erzieht uns gestern Abend. Der Oberkriegsgerichtspräsident Jörn hat also leicht, sich in seiner Mitteilung darauf zu berufen, daß wir ihn ohne Antwort gelassen haben.

Wir wollen ihm diese Antwort in aller Öffentlichkeit geben: Wir sammeln unser Material, damit wir diesen Mord aufklären. Wir geben diese dem Gericht nicht einen freien Material in die Hand und wir glauben, auch dem oben Gesagten der Verpflichtung enthoben zu sein, zu sagen, warum.

Wir haben weiter zu sagen: Wenn das von uns veröffentlichte Material dem Gericht bekannt war, dann muß es auch der Regierung bekannt gewesen sein.

Landberg war der Vertreter der Regierung in dieser Angelegenheit.

Er ist Jurist, er dachte Selbst in diesen Dingen.

Er mußte das Verbrechen erkennen, das hier in juristische Form gekleidet wurde.

Was hat er getan?

Was hat die Regierung getan?

Das ist — sollte man meinen — der Punkt, in dem alle Staatsweisheit aufhört und das Menschentum beginnt.

Es könnte nur eines sein, daß diese Herrschknechte der Bourgeoisie über diesem Handwerk schon alles Menschentum in sich selber erlöset haben.

## Protest des Verteidigers Karl Radels.

Der Verteidiger Karl Radels, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, übermittelt uns den nachstehenden Protest:

„Karl Radel hatte mir ordnungsmäßige, schriftliche Vollmacht zu seiner Verteidigung erteilt. Auf Grund derselben erhielt ich heute von dem zuständigen Untersuchungsrichter die schriftliche Erlaubnis, Radel im Zellengefängnis Moabit, in dem er untergebracht ist, in seiner Gegenwart zu sprechen.“

Als ich mich zur vereinbarten Zeit im Gefängnis eingefunden hatte, und in die Zelle geführt worden war, in der Radel und der Untersuchungsrichter sich befanden, und kaum meine Unterredung mit Radel begonnen hatte, erschienen ein Leutnant und einige Soldaten des Regiments Reinhard. Sie verlangten, daß ich sofort die Zelle verlassen solle, da ich als Verteidiger Radel nicht ohne vorherige Erlaubnis des Obersten Reinhard sprechen dürfe.

Mein Protest hiergegen blieb unbeachtet. Der Leutnant, der sich auf mein Verlangen mit anerkennendem Eifer bemühte, des Obersten Reinhard habhaft zu werden, erreichte diesen schließlich nach anderthalbstündigen Bemühungen telefonisch im Restaurant Hiller. Oberst Reinhard verbot, auch nachdem er darauf hingewiesen worden war, daß ich von dem allein zuständigen Richter die erforderliche schriftliche Genehmigung hatte, mich zu Radel zu lassen, und erklärte, daß kein Verteidiger Radel ohne seine und des Oberstaatsanwalts schriftliche Genehmigung sprechen dürfe.

Nur an meinem energischen Protest gegenüber der von dem Leutnant unternommene Versuch, mir die von Radel erteilte Vollmacht abzunehmen.

Da es sich um ein höchst wichtiges Strafverfahren handelt, und da nach der Strafprozessordnung jeder Angeklagte das unentzerrbare Recht auf Verkehr mit seinem Verteidiger hat, und da ferner die ordnungsmäßige Genehmigung des hierfür allein zuständigen Untersuchungsrichters vorliegt, so stellt das vorstehend geschilderte Verhalten des Militärs einen Eingriff in die Rechtspflege dar, wie er bisher geradezu unerhört war. Selbst während des schlimmsten Wollens des Belagerungszustandes ist eine derartig kraße Gesetzeswidrigkeit nicht vorgekommen.

Sowohl zur Wahrung der Rechte des Angeklagten, wie zur Wahrung der Rechte des Verteidigers sehe ich mich deshalb genötigt, gegen diesen Skandal in aller Öffentlichkeit zu protestieren. Selbstverständlich habe ich auch bereits andere Schritte getan, um Remedur zu schaffen.

Gelegentlich meines kurzen Besuchs bei Radel mußte ich feststellen, daß derselbe in so schwerer eisernen Fesseln schmachtet, wie das keine der Mannmörderin nicht mehr üblich ist und bei politischen Gefangenen noch niemals vorgekommen ist.“

## Die Unabhängigen und die U- und S-Räte.

Als auf dem ersten U- und S-Rätekongress die Frage über die Existenz der Arbeiter- und Soldatenräte entschieden wurde, arbeitete der linke Unabhängige, Gen. Däumig, mit voller Klarheit die Frage heraus, die zu entscheiden galt: soll Deutschland ein Staat der Arbeiter in Land und Stadt sein, die den mächtigen Hebel der Staatsgewalt im Zentrum und an einzelnen Orten gebrauchen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und den Sozialismus von unten aufbauen, oder soll es eine bürgerliche Republik werden, in der die Staatsgewalt dem Schutz des Kapitalismus dient? Ein Hüben und Drüben nur gilt, die Rhodus, die Salta! Da sprang der Führer der Unabhängigen, Herr Haase, auf und erklärte:

„Nach meiner Auffassung ist die Frage überhaupt nicht so zu stellen: Nationalversammlung oder Arbeiterparlament — sondern es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Räte ihre besondere Bedeutung noch behalten werden.“

Der Volksbeauftragte Haase erwies sich in dieser Lebensfrage des deutschen Proletariats, der deutschen Revolution, als das, was er während des ganzen Krieges und vom Anfang der Revolution war: als Feigenblatt der Scheidemännischen Mörder der Revolution. Mit seiner Lösung: hoch die Nationalversammlung mit der besonderen Bedeutung der U- und S-Räte, half er die Räte meucheln. Denn wären die Unabhängigen geschlossen auf dem Kongress aufgetreten gegen die Nationalversammlung als den Tod der Räte, sie hätten zwar nicht verhindern können, daß der Kongress, der, wie aus dem jetzt erschienenen Kongressprotokoll sich ergibt, in seiner Mehrheit aus Partei- und Gewerkschaftsbeamten bestand, den Räten das Todesurteil gesprochen hätte, aber dieses Urteil wäre ungeschminkt, offen, unverhüllt den Massen vorgelesen worden und sie würden wissen, woran sie sind. Nun, mit Hilfe der Führer der Unabhängigen wurde die Klarheit verunstaltet, die Massen irreführt. Gestützt auf das so bemäntelte, verhüllte Diktum des Kongresses ging die Scheidemann-Regierung an die Arbeit. Um der Nationalversammlung, der der Kongress der U- und S-Räte die Macht übergab, diese Macht wirklich auszuüben zu können, mußte die Regierung die Arbeiter entwaffnen. Der Ueberfall auf die Volksmarinedivision, der Schürkenstreich gegen das rote Polizeipräsidium, die Wiederwerfung und Entwaffnung der Berliner und Bremer Proletarier war eine einfache Konsequenz des Beschlusses des Rätekongresses: wenn die Nationalversammlung die Macht haben soll, so dürfen sie natürlich die gegen sie gerichteten revolutionären Kräfte nicht haben. Wenn Herr Haase und die Seinen Seter und Mordio gegen die Feldzüge der Scheidemann und Ebert deswegen erheben, so kann ihnen Ebert und Scheidemann sagen: Du hast es gewollt, Georg Dandis. Ja, aber wozu Gewalt, weshalb unterhandelt ihr nicht? Jammernd die Haase, und beweisend es, daß sie nicht gegen die Entwaffnung der Proletarier protestieren, sondern weil dieses hehre Ziel nicht auf dem Wege der Verhandlungen, der Mogelei, sondern der offenen Gewalt erreicht wird! Weil wir keine Tröste sind: antworten die Scheidemann: die Arbeiter sind keine Kinder, sie wissen, was das bedeutet, wehlos zu sein, sie werden sich wehren, da gilt es, ihren Widerstand zu brechen.

Um den Widerstand des Proletariats zu brechen, genügt es nicht, ihm die politischen Waffen zu rauben, es gilt, ihm auch die Organisations des Kampfes zu nehmen, d. h. die U- und S-Räte. Die Sozialpatrioten haben die Soldatenräte auf, indem sie durch ihren Kommandoerlass die Gewalt der kaiserlichen Offiziere wiederherstellen. Sie haben die Kommunalräte auf, indem sie ihnen den Zutritt zu den nicht öffentlichen Sitzungen der Magistrate verwehren und so selbst ihre Tätigkeit als Kontrollorgane unmöglich machen. Sie fordern von den Arbeiterräten, daß sie auf jede politische Tätigkeit verzichten und sich in Betriebsräte verwandeln, die die hehre Aufgabe haben, die Arbeiter zur Arbeit für die Kapitalisten anzuführen, für welche Tätigkeit die Kapitalisten bisher die Werkführer bezahlten mußten. Auch dies ist vollkommen logisch,

## Die Mobilisierung für den Ostkrieg.

Das Kriegsministerium hat nunmehr angeordnet, daß zur Verstärkung des Grenzschutzes im Osten Aushebungen in geringem Maße vorgenommen werden. Die Aushebung beschränkt sich lediglich auf die Provinzen Ost- und Westpreußen und auf ein Kontingent von nur 5000 Mann, welche den ausgebildeten Freiwilligen angeliebert werden. Nur die jüngsten Jahrgänge kommen für diese Aushebung in Betracht; vorläufig nur die Jahrgänge 1899.

## Proteststreik gegen den Schlichter des finnischen Proletariats.

Stockholm, 13. Februar. (S. F. B.) Anlässlich des Besuchs von General Mannerheim beim schwedischen König fanden heute mittags zur Zeit der Ankunft des finnischen Präsidenten Straßenkundgebungen der Arbeiter statt. Die jungsozialistische Partei hatte gestern Abend eine Massenversammlung abgehalten, in der die Stockholmer Arbeiter aufgerufen wurden, ab 12 Uhr mittags zu streiken, um so gegen Mannerheim zu demonstrieren.

## Die Gewerkschaften verlieren ihren Einfluß

Hagg, 13. Februar. Aus London wird gemeldet: In der Arbeiterbewegung scheinen große Dinge vor sich zu gehen. Die Stellung der Gewerkschaften hat die Führung der einzelnen Verbände aus den Händen verloren. Jeder einzelne Individualgewerkschaft eigene Arbeitsbedingungen, eigene Lohnsätze und eigene Arbeitsdauer. Für diese Woche sind drei große Arbeiterkongresse einberufen worden, um eine Einheitsfront zu erzielen. Die Delegierten von 900 000 Bergarbeitern werden in Souport zusammenkommen, die Vertreter von 400 000 Eisenbahnbeamten in London und von 300 000 Transportarbeitern ebenfalls in London. Es wird erwartet, daß wenigstens in der Frage der Arbeitsdauer eine Einigung zwischen den verschiedenen Arbeiterzweigen und Verbänden erzielt werden kann.

## Die revolutionäre Streikwelle in England

L. U. Amsterdam, 13. Februar. Aus London wird gemeldet: Nach einem Bericht der „Daily Mail“ aus Birmingham haben die dortigen Behörden, die seit dem 2. Februar gebildeten U- und S-Räte aufgehoben. Als Protest gegen diese behördliche Maßnahme sind die Arbeiter im Birminghamer Gebiet in einen allgemeinen Streik eingetreten.

Basel, 13. Februar. Die „Tages“ haben die Streiklage in England für sehr ernst und haben in ihr die erste Phase sozialistischer Kämpfe gesehen. Auf andere Städte können nur dem Irrtum, mit der Beobachtung einiger Streiks die Krise als überwunden zu betrachten.

## Die Einladung auf den Bringeninseln.

London, 12. Februar. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen.

## Die Einladung auf den Bringeninseln.

London, 12. Februar. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen.

## Die Einladung auf den Bringeninseln.

London, 12. Februar. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen. Die Postler Wälder werden am 14. auf die Bringeninseln eingeladen.